



**Zusammenhalt. Zuversicht. Zukunft.**

## **Winterklausur der BayernSPD-Landtagsfraktion**

**Bayerischer Landtag  
Hybride Tagung (Senatssaal und online)**

**München, 19. bis 21. Januar 2021**

(Stand: 14.01.2021)

- Vorläufiges Programm, Änderungen vorbehalten -

## Dienstag, 19. Januar 2021

Bis 13.00 Uhr	<b>Vorbereitende Sitzungen</b> Online
13.00 – 14.00 Uhr	<b>Pressekonferenz zur Eröffnung der Klausurtagung</b> Horst Arnold, MdL, Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion; Ruth Waldmann, MdL, Gesundheitspolitische Sprecherin Saal 1 sowie online
<b>TEIL I</b>	<b>Auftakt: Corona-Update – Wie ist die Lage? Was ist zu tun?</b>
14.00 Uhr	<b>Zusammenhalt. Zuversicht. Zukunft. Eröffnung der Klausurtagung</b> Begrüßung: Horst Arnold, MdL, Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion
14.15 – 15.45 Uhr	<b>Aktuelle Corona-Lage: Herausforderungen für Kliniken und Intensivstationen</b> Gast: Prof. Dr. Bernhard Zwißler, Direktor der Klinik für Anästhesiologie am LMU Klinikum der Universität München und Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin e. V. (DGAI) Bericht: Ruth Waldmann, MdL, Gesundheitspolitische Sprecherin Fraktionsvorstand: Horst Arnold, MdL, Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion; Dr. Simone Strohmayer, MdL, Stellv. Fraktionsvorsitzende
16.15 – 18.15 Uhr	<b>Fraktionssitzung</b> Bericht / Fraktionsvorstand: Horst Arnold, MdL, Vorsitzender der BayernSPD- Landtagsfraktion; Volkmar Halbleib, MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer

**Mittwoch, 20. Januar 2021**

<b>TEIL II</b>	<b>Zusammenhalt. Zuversicht. Zukunft. Perspektiven in Zeiten von Corona (1)</b>
<b>09.00 – 10.30 Uhr</b>	<b>Bildung der Zukunft: Die Krise als Chance begreifen</b> Gast: Univ.-Prof. Dr. Michael Schratz, Schulpädagoge und Professor an der Universität Innsbruck, Sprecher der Jury des Deutschen Schulpreises (online zugeschaltet) Bericht / Fraktionsvorstand: Dr. Simone Strohmayr, MdL und Margit Wild, MdL, Bildungspolitische Sprecherinnen und Stellv. Fraktionsvorsitzende
<b>10.30 – 11.00 Uhr</b>	<b>Pressebriefing</b> Saal 1 sowie online
<b>11.00 – 12.30 Uhr</b>	<b>Demokratie und Grundrechte in der Pandemie</b> Gast: Prof. Dr. Thorsten Kingreen, Professor für Öffentliches Recht, Sozialrecht und Gesundheitsrecht an der Universität Regensburg Bericht: Alexandra Hiersemann, MdL, Rechtspolitische Sprecherin; Florian Ritter, MdL, Sprecher im Kampf gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus Fraktionsvorstand: Klaus Adelt, MdL, Stellv. Fraktionsvorsitzender
<b>12.30 – 13.30 Uhr</b>	<b>Pressebriefing</b> Saal 1 sowie online
<b>TEIL III</b>	<b>Aktuelle Planungen</b>
<b>Ab 13.30 Uhr</b>	<b>Fraktionsinterne Beratungen</b> Bericht / Fraktionsvorstand: Horst Arnold, MdL, Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion; Volkmar Halbleib, MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer

**Donnerstag, 21. Januar 2021**

<b>TEIL IV</b>	<b>Zusammenhalt. Zuversicht. Zukunft. Perspektiven in Zeiten von Corona (2)</b>
<b>08.30 – 10.00 Uhr</b>	<b>Kultur im Lockdown: Wie gelingt der Neustart?</b> Gast: Dr. Carsten Brosda, Senator der Hamburger Behörde für Kultur und Medien (online zugeschaltet) Bericht / Fraktionsvorstand: Volkmar Halbleib, MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer und Kulturpolitischer Sprecher
<b>10.00 – 10.15 Uhr</b>	<b>Pressebriefing</b> Saal 1 sowie online
<b>10.15 – 11.40 Uhr</b>	<b>Wirtschaftliche Chancen durch Klimaschutz</b> Gäste: Ralph Büchele, Mitautor der Publikation "Wirtschaftliche Chancen durch Klimaschutz" des Umweltbundesamts und Partner bei Roland Berger (Competence Center Civil Economics, Energy & Infrastructure); Dr. Christian Lutz, Geschäftsführer und Bereichsleiter Energie und Klima bei der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung GWS (jeweils online zugeschaltet) Bericht: Florian von Brunn, MdL, Umweltpolitischer Sprecher; Annette Karl, Wirtschaftspolitische Sprecherin Fraktionsvorstand: Margit Wild, MdL, Stellv. Fraktionsvorsitzende
<b>11.40 – 12.00 Uhr</b>	<b>Pressebriefing / Kaffeepause</b> Saal 1 sowie online
<b>12.00 – 13.30 Uhr</b>	<b>Entschlossen handeln, Zusammenhalt sichern: Eckpfeiler der Corona-Politik 2021</b> Gast: Olaf Scholz, Bundesminister der Finanzen und Vizekanzler Bericht / Fraktionsvorstand: Horst Arnold, MdL, Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion
<b>13.30 Uhr</b>	<b>Abschluss-Pressekonferenz</b> Horst Arnold, MdL, Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion; Olaf Scholz, Bundesminister der Finanzen und Vizekanzler Saal 3 sowie online



## Zusammenhalt. Zuversicht. Zukunft.

### Grundsatzpapier der BayernSPD-Landtagsfraktion zur Winterklausur 2021

Die Corona-Pandemie, die Politik, Gesellschaft, Wirtschaft sowie den unmittelbaren Lebensalltag vieler Menschen nicht nur in Bayern und Deutschland, sondern europa- und weltweit seit Monaten bestimmt, geht inzwischen in ihr zweites Jahr.

2021 ist dabei auf der einen Seite mit der Hoffnung verbunden, insbesondere durch weitreichende Impfungen nennenswerte Schritte in Richtung „Normalität“ gehen zu können, auf der anderen Seite bedarf es aber noch immer weiterer Anstrengungen, um Corona und seine Folgen nachhaltig in den Griff zu bekommen.

#### Die SPD-Landtagsfraktion konzentriert sich dabei auf folgende politische Handlungsfelder und Herausforderungen:

1. **Die Gesundheit der Menschen schützen**, die Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens aufrechterhalten und die darin Beschäftigten verlässlich unterstützen.
  - Dazu braucht es einen systematischen gesellschaftlichen Infektions- und Gesundheitsschutz mit **Verlässlichkeit statt Stückwerk**. Die Probleme bei **Testungen, Impfungen, Nachverfolgung und Schutzmasken** müssen nachhaltig angegangen und gelöst werden.
  - Aktuell kommt es insbesondere darauf an, das **Chaos bei der Corona-Impfung** zu **beseitigen**.
    - Die Staatsregierung hat deshalb eine **bayernweit einheitliche Impfstrategie (Organisation, Vorgehen und Kommunikation bzgl. Impfterminen etc.)** vorzulegen, die den regionalen Flickenteppich zügig und verlässlich beendet.
    - In diesem Kontext ist allen voran – erforderlichenfalls gemeinsam mit dem Bund – ein möglichst konkreter **Zeitplan** für die verschiedenen Impfphasen auszuarbeiten sowie präzise darzulegen, wie die in der Coronavirus-Impfverordnung festgelegte Priorisierungsliste der unterschiedlichen Personengruppen umgesetzt und eine **zügige**

**Durchimpfung** aller, die sich impfen lassen möchten, gewährleistet werden kann.

2. **Die sozialen und wirtschaftlichen Belastungen der Pandemie abfedern,**

insbesondere für diejenigen, die darunter am stärksten zu leiden haben, bspw.

- **sozial:** sogenannte vulnerable (das heißt physisch und psychisch besonders verwundbare) Personengruppen sowie Kinder und Jugendliche,
  - **wirtschaftlich:** Personen (Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen) und Betriebe, die infolge der Pandemie in wirtschaftliche Existenznöte geraten sind, bspw. Gastronomie, Hotellerie, Kultur, Soloselbstständige.
- Noch immer legt die Staatsregierung viel zu wenig Augenmerk auf das „Dunkelfeld“ der Leitragenden der Folgen dieser Pandemie.
  - Umso mehr gilt es, negative Folgewirkungen der pandemiebezogenen Maßnahmen auf die physische und psychische Gesundheit von Menschen zu verhindern, v.a. indem die entsprechenden **Unterstützungsangebote** und Einrichtungen unter strengen Hygieneauflagen aufrechterhalten werden.
  - Dies betrifft bspw. Angebote und Einrichtungen für **Menschen mit Behinderung, Pflegebedürftige** (inklusive Tagespflege), **Menschen mit psychischen Erkrankungen, von Gewalt betroffene oder bedrohte Frauen und Kinder** sowie **Jugendliche mit Hilfs- und Unterstützungsbedarfen**.

3. **Gemeinsam mit den Beteiligten szenarienabhängige Öffnungsperspektiven erarbeiten.**

- Die Zeit des Lockdowns ist hierfür dringend zu nutzen. Dazu bedarf es einer Analyse, welche Vorgaben sich unter **Infektionsschutzgesichtspunkten** bisher bewährt und welche Maßnahmen sich als nicht zielführend erwiesen haben.
- Dabei gilt es auch die Frage nach einer **verbesserten Durchsetzung** zu klären, bspw. durch Einführung eines **Hygienesiegels** sowie verbesserte Hilfestellungen bei der Durchsetzung der Vorgaben.
- Dies gilt nicht nur für den Bereich der **Wirtschaft** (insbesondere den Einzelhandel), sondern analog auch für **den Gastronomie-, den Hotellerie-, den Kultur-, den Bildungs-, den Sport- und den sozialen Bereich**.

4. **Die notwendige (insbesondere digitale) Infrastruktur zur Bewältigung der Corona-Herausforderungen und des Lebensalltags der Menschen sicherstellen** (Schulen, Kommunen, Gesundheitsämter, Betriebe etc.) und entsprechend investieren.

- Trotz vielfacher Ankündigungen seitens der Staatsregierung sind die Defizite hier unverkennbar. Eine **Digitalisierungsoffensive** ist gerade in den genannten Bereichen dringend erforderlich.

- Für **mehr Bildungsgerechtigkeit auch im Wechsel- und Distanzunterricht** ist für jede Schülerin und jeden Schüler ein digitales Endgerät, Zugang zu schnellem Internet und Zugang zu den Lernplattformen zu gewährleisten.
- Viele **Betriebe** haben indes bewiesen, dass sie ihre Arbeitsläufe dem digitalen Zeitalter anpassen können. Doch noch immer nutzen etliche nicht die Möglichkeiten zum **Homeoffice**. Sie sollten daher von der Staatsregierung dringend stärker dazu aufgefordert werden. Es müssen gewichtige Gründe vorgebracht werden, wenn es nicht möglich sein soll, Homeoffice anzubieten.
- Für einen Digitalisierungsschub brauchen wir insgesamt mehr entsprechende **Investitionen in die technische und personelle Ausstattung** von Schulen, Kitas, Gesundheitsämtern, Behörden sowie eine verstärkte **Unterstützung** von Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen.

#### 5. Die finanziellen Folgen der Pandemie gerecht verteilen.

- Insbesondere auf Betreiben des **Bundesfinanzministeriums** wurde in den vergangenen Monaten einiges unternommen, um Familien, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Gering- und Mittelverdiener sowie weitere besonders belastete Personengruppen finanziell zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass die **soziale Schere** nicht weiter auseinandergeht.
- Neben den **Corona-Hilfen**, dem erleichterten Zugang zum **Kurzarbeitergeld**, der Einführung einer **Homeoffice-Pauschale** und weiteren Bundesmaßnahmen, die infolge der Corona-Pandemie beschlossen wurden, profitieren viele Bürgerinnen und Bürger zum Jahresbeginn 2021 auch von weiteren Reformen, bspw. der vollständigen **Abschaffung des Soli** für 90 Prozent der bisherigen Zahler:innen sowie einer Erhöhung von **Kindergeld und Kinderfreibetrag**. Zum 1. Januar 2021 trat zudem die **Grundrente** in Kraft, die bundesweit für Millionen von Menschen Schluss macht mit Niedrigrenten trotz jahrzehntelanger Erwerbstätigkeit.
- Als SPD-Landtagsfraktion fordern wir auch darüber hinaus politische Steuerungsmaßnahmen, die dem Grundsatz „**Breite Schultern tragen mehr**“ folgen und bspw. auch finanzielle Hilfen bzw. staatliche Förderungen stärker an **Tarifbindung, Arbeitsplatzsicherung** etc. knüpfen.

Klar ist für uns: Die Ausbreitung der COVID-19-Pandemie gibt noch immer großen Anlass zur Sorge, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der kürzlich entdeckten, deutlich ansteckenderen Virus-Variante B.1.1.7. Dass etliche Lockdown-Maßnahmen bis zunächst zum 31. Januar verlängert wurden, halten wir daher für richtig und notwendig.

Gleichzeitig plädieren wir für eine **Corona-Strategie mit Augenmaß und Weitblick**, wie oben dargestellt. Andernfalls riskieren wir, das Vertrauen und die Akzeptanz der Bevölkerung zu verspielen.

Jede getroffene Einzelmaßnahme ist daher auf ihre **Verhältnismäßigkeit** zu prüfen: Ist sie im Sinne des Infektionsschutzes zielführend? Gibt es mildere Mittel? Rechtfertigt die Maßnahme empfindliche Grundrechtseingriffe? Die Überlegungen, die dieser Prüfung zugrunde liegen, sind jeweils transparent zu kommunizieren.

Zudem setzen wir uns als SPD-Fraktion für eine möglichst große demokratische Legitimation der Maßnahmen und damit für eine **starke Rolle des Parlaments** ein. Deshalb fordern wir, dass der Landtag über die Verordnungen abstimmen soll. Auch in den eigens zur Corona-Thematik einberufenen Sondersitzungen ist dies bislang noch nicht möglich.

**Unsere politische Linie und die Ausgestaltung der politischen Handlungsfelder durch Maßnahmen für eine erfolgreiche und akzeptanzsichernde Corona-Politik fußen auf einer solidarischen, optimistischen und nach vorn gerichteten Grundhaltung mit den Eckpfeilern Zusammenhalt, Zuversicht und Zukunft:**

- **Zusammenhalt:** Wir unterstützen die Menschen in Bayern dabei, ihren schwierigen Corona-Alltag zu bewältigen, sorgen für gute und praxistaugliche Rahmenbedingungen insbesondere in den Kitas und Schulen, sichern wirtschaftliche Existenzen, unterstützen die „Held:innen des Alltags“, die häufig noch immer unter viel zu schlechten Arbeitsbedingungen zu leiden haben, und setzen uns zudem für diejenigen ein, die (nicht nur) aktuell besonders verwundbar oder benachteiligt sind.
- **Zuversicht:** Damit die Menschen in Bayern vertrauensvoll und optimistisch in die Zukunft blicken können, braucht es Sicherheit, Planbarkeit und Perspektiven. Das gilt für die Impfstrategie genauso wie für die rechtzeitige Vorbereitung von szenarienabhängigen Öffnungsperspektiven für die pandemiebetroffenen Branchen (siehe oben).
- **Zukunft:** Wir wollen die Corona-Krise auch als Chance begreifen, um die richtigen Weichen für eine solidarische und lebenswerte Zukunft zu stellen. Deshalb investieren wir allen voran in einen sozialen Klimaschutz, in digitale Bildung, in leistungsfähige Kommunen und in einen starken Sozialstaat.

In dieser Ausnahmesituation sehen wir uns daher mehr denn je dazu verpflichtet, als **soziales Gewissen und Impulsgeberin für Chancengleichheit** zu wirken, verbunden mit dem Ziel, durch eine innovative und zukunftsgerichtete Politik Teilhabe und Aufstieg zu ermöglichen – modern, sozial, nachhaltig.

Auf unserer **Winterklausur** (19. bis 21. Januar 2021) setzen wir diese Linie deshalb konsequent fort und erarbeiten weitere konkrete Initiativen zu den **Schwerpunktthemen Gesundheit, Bildung, Demokratie, Kultur sowie Wirtschaft und (bzw. durch) Klimaschutz**.

## Winterklausur 2021: Aktuelle Corona-Lage und politische Herausforderungen

*Ruth Waldmann, MdL*

### Impfen

Derzeit spricht das Gesundheitsministerium von langfristig möglichen 30.000 Impfungen pro Tag in ganz Bayern. Angesichts der für den vollen Impfschutz notwendigen zweiten Impfung würde es selbst bei einer ständigen 7-Tage-Woche in diesem Tempo möglicherweise zwei Jahre dauern, bis ein Großteil der Bayerischen Bevölkerung durchgeimpft ist. **Es muss daher alles darangesetzt werden, die Taktung und Effizienz zu erhöhen.** Dafür hätten bereits seit Monaten alle Vorbereitungen getroffen werden müssen, spätestens jetzt muss die Staatsregierung handeln.

Dazu zählen zunächst eine **transparente Impfstrategie** und ein abgestufter Zeitplan, an dem sich die Menschen orientieren können.

Dabei ist eine zentrale Vergabe von Terminen für die erste und zweite Impfung zu prüfen. Es ist ein **landesweit einheitliches Vorgehen** für die Landrats- und Gesundheitsämter festzulegen, insbesondere bei der Organisation und Vergabe von Impfterminen. Dazu gehört eine eigene bayernweite Infohotline, auch um die Gesundheitsämter und die ärztliche Bereitschaft (116 117) zu entlasten.

Die Staatsregierung soll durch eine geeignete **Aufklärungskampagne** möglichst viele Menschen zur Impfung motivieren. Eine besondere Priorität hat dabei die Information des medizinischen und pflegerischen Personals.

Die **Impfgespräche** sind so vorzubereiten, dass die Impfungen effizient und rasch durchgeführt werden können. Dazu wird ein **Merkblatt** mit allen relevanten Informationen zusammen mit der Einladung zu den beiden Impfterminen verschickt, ebenso ein Anamnesefragebogen zur Klärung von Vorerkrankungen und Medikamentierung. Diese müssen ausgefüllt und unterschrieben zum Impftermin mitgebracht werden, Rückfragen können im Vorfeld der Impfung mit dem Hausarzt/der Hausärztin besprochen werden. Dieses Vorgehen mit der **Vorab-Information**, erforderlichenfalls in verschiedenen Sprachen sowie in leichter Sprache, ist verbindlich in den Impf-Ablauf einzubinden und verkürzt das Impfgespräch vor Ort.

## Stationäre Pflege- und Behinderteneinrichtungen

Bis zu einer flächendeckenden Durchimpfung der Bewohner:innen und Mitarbeiter:innen von Alters- und Pflegeheimen sowie von Einrichtungen für Menschen mit Behinderung ist deren **Schutz** bestmöglich sicherzustellen.

Es müssen die **organisatorischen und finanziellen Verantwortlichkeiten** der Einrichtungen und ihrer Träger, der Kommunen und des Freistaates klar geregelt werden.

Jede Bewohner:in darf pro Tag **Besucher:innen** aus einem Haushalt empfangen. Besucher:innen werden zugelassen, wenn sie das Ergebnis eines PCR-Tests oder im Ausnahmefall eines Schnelltests vorlegen können, der nicht älter als 48 Stunden ist. Die Kosten für diese **Tests** übernimmt der Freistaat im Rahmen seiner Teststrategie. Die Staatsregierung informiert die kommunalen Testzentren und die Kassenärztliche Vereinigung Bayern darüber, dass diese Tests vorrangig durchzuführen sind.

Besucher:innen erhalten vom Personal bei jedem Besuch **FFP2-Masken** ausgehändigt. Diese Masken werden den Einrichtungen von der Staatsregierung kostenfrei und in nachhaltig ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt.

Die **Beschäftigten und Bewohner:innen** werden mindestens zwei Mal pro Woche auf eine Corona-Infektion getestet. Diese **Tests** werden von **mobilen Teams** der kommunalen Testzentren durchgeführt. Die Staatsregierung sorgt für die personelle Ausstattung der mobilen Teams und übernimmt die Kosten der Tests. Mitarbeiter:innen mit einer nachgewiesenen Infektion haben sich unverzüglich zu isolieren und dürfen erst nach einem negativen Testergebnis wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren.

## Schutzmasken

Das Tragen von effektiven Schutzmasken insbesondere in öffentlichen Bereichen mit einer hohen Kontaktfrequenz ist und bleibt eine der zentralen Maßnahmen zur **Prävention** einer Infektion mit dem SARS-CoV-2 Virus. Dabei sind FFP2-Masken einer Alltagsmaske oder einem einfachen Mund-Nasen-Schutz vorzuziehen.

Es genügt allerdings nicht, die Bevölkerung zum Tragen einer FFP2-Maske im Öffentlichen Personennahverkehr und im Einzelhandel zu verpflichten, wie dies die Bayerische Staatsregierung am 18. Januar 2021 beschlossen hat. Es muss gleichzeitig sichergestellt werden, **FFP2-Masken** der Bevölkerung in Bayern auch flächendeckend zur Verfügung stehen. Um dies zu erreichen, müssen die zunächst die Schwierigkeiten bei der Verteilung von kostenfreien FFP2-Masken für die ältere Bevölkerung behoben werden. Darüber hinaus muss die Staatsregierung für eine **flächendeckende Verteilung** von FFP2-Masken auch in der übrigen Bevölkerung sorgen.

## Anpassung der Corona-Teststrategie

Die Forderung nach einer **Priorisierung der zu testenden Personen** bleibt aufrecht. Das Versprechen des Ministerpräsidenten, dass in Bayern jeder derzeit kostenfrei einen Corona-Test machen lassen könne, hat sich als nicht zielführend erweisen. Es wurden dafür unnötig Ressourcen verbraucht, und es zeigten sich zum Teil gravierende Mängel bei der Einlösung des Versprechens. So war vielen Testwilligen, Ärzt:innen und Laboren gar nicht klar, dass die Kosten für die Tests von der Staatsregierung übernommen werden.

Die Teststrategie ist dahingehend anzupassen, dass eine Priorisierung der zu testenden Personen strikt umzusetzen und unbedingt sicherzustellen ist. Oberste Priorität müssen **Tests bei medizinischem Personal, Neuaufnahmen in Krankenhäusern, Risikogruppen in Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen sowie Patienten mit Symptomen und sogenannte Kontaktpersonen** haben.

Das RKI empfiehlt gezielte Tests im Rahmen der nationalen Teststrategie. Und auch die bayerische Landesärztekammer hat die von der Staatsregierung bezahlten Corona-Tests für Bürger ohne Symptome kritisiert, da diese bislang praktizierte Corona-Teststrategie zu einer Überlastung der Labore führe.